

**Alle wollen
regieren.
Wir wollen
verändern.**

Reichtum teilen. Preise senken.
Für einander.

Wahlprogramm

Die Linke

1. Leben bezahlbar machen

Drei Jahre Ampel-Ausfall haben Deutschland noch sozial ungerechter gemacht als zuvor. Das Leben ist für die Mehrheit teurer geworden. Die Preisexplosion hat besonders Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen getroffen. Sie müssen einen großen Teil ihres Einkommens für Wohnen, Energie und Lebensmittel ausgeben. Hier sind die Preise am meisten gestiegen: Unter Olaf Scholz sind Lebensmittel über 30 Prozent teurer geworden, Haushaltsenergie um etwa 50 Prozent. Die offiziellen Inflationszahlen verdecken, dass die Inflation für die mit weniger Geld viel höher liegt als für die mit viel Geld. Es ist eine Inflation der Ungleichheit, die wir erleben.

Doch das lässt sich ändern: Preise sind nicht naturgegeben. Wir wollen Preise – wo nötig – regulieren und begrenzen, damit die Konzerne ihre Profite nicht beliebig erhöhen können. Das gilt nicht nur für die Miete, sondern auch für Energie und Lebensmittel. Niemand soll am Ende des Monats Angst vor dem Einkauf haben. Willkürliche Preiserhöhungen darf es bei grundlegenden Bedürfnissen nicht geben. Wir schlagen eine Preisaufsicht und soziale Tarife für den Grundverbrauch bei Strom und Gas vor, um uns künftig vor Preistreiberei zu schützen. Auf Grundnahrungsmittel soll die Mehrwertsteuer entfallen, was alle Menschen schnell und unkompliziert entlastet.

Die steigenden Lebenshaltungskosten sind kein unglücklicher Zufall: Lebensmittel- und Energiekonzerne machen Rekordgewinne. Die Unternehmen nutzen die Inflation. Sie setzen die Preise hoch – und steigern damit ihre Gewinne. Dieter Schwarz, Eigentümer von Lidl und Kaufland, hat sein privates Vermögen in den letzten sieben Jahren verdoppelt! Er besitzt nach Schätzungen des Manager Magazins nun 43,7 Milliarden Euro.

Wir senken die Lebenshaltungskosten – sofort und wirkungsvoll

Sparen beginnt für viele Menschen inzwischen beim Essen. Oft reicht es nicht mehr für das Nötigste. Besonders betroffen sind Menschen mit niedrigem Einkommen und Familien mit Kindern. Hunger und Armut sind in Deutschland wieder Alltag. Zwei Millionen Menschen müssen zu den Tafeln gehen, um über die Runden zu kommen. Ein Viertel davon sind Kinder. Für uns ist das nicht hinnehmbar.

Wir wollen schnelle und wirkungsvolle Maßnahmen ergreifen, damit eine gesunde Ernährung wieder für alle erschwinglich wird.

Nicht nur Wohnen, Lebensmittel und Energie sind viel zu teuer geworden. Auch Kosten für Alltägliches, wie für den Regionalzug, für Kino und Sport, sind stark gestiegen. Das belastet vor allem Menschen mit niedrigem Einkommen und Familien. Wir wollen der Teuerung entgegenwirken:

- Grundnahrungsmittel, Hygieneprodukte, Bus und Bahn (Regional- und Fernverkehr) wollen wir von der Mehrwertsteuer befreien. Wir stellen gesetzlich sicher, dass sich die Mehrwertsteuersenkung in den Preisen niederschlägt – und nicht die Profite der Unternehmen füttert. Das ist ein Beitrag zu sozialer Gerechtigkeit, macht das Leben sicherer und stärkt die Kaufkraft.
- Darüber hinaus senken wir den Preis für das Deutschlandticket wieder auf 9 Euro. Für Schüler*innen, Azubis, Senior*innen und Studierende soll das Deutschlandticket kostenlos sein.
- Lebensmittelverschwendung soll verboten werden. Genießbare Lebensmittel sind an gemeinnützige Organisationen weiterzugeben oder direkt kostenfrei abzugeben. Der Umfang der Lebensmittelabfälle soll bis 2030 halbiert werden. Dafür braucht es verbindliche Vorgaben für die unterschiedlichen Branchen.
- Wir wollen Spekulation mit Lebensmitteln verbieten (Kapitel 6). Der Lebensmittelmarkt braucht gerechte Lieferbeziehungen sowie ein starkes und wirksames Kartellrecht. Das Bundeskartellamt beobachtet die Einkaufsmacht von Lebensmittelkonzernen sowie die Marktmacht von großen Supermarktketten seit Langem mit zunehmender Sorge. Wir fordern ein entschlossenes Durchgreifen, um die Macht von Konzernen zu brechen, zugunsten von Landwirt*innen und Verbraucher*innen gleichermaßen. Keine Region darf von einzelnen Supermarktketten dominiert werden. Monopole müssen zerschlagen werden und Preiswächter müssen durchgreifen können. Wo es nötig ist, wollen wir mit Mindestpreiserzeugerpreisen Landwirt*innen schützen.

Wir senken die Energiepreise – gerecht und klimafreundlich

Alle brauchen bezahlbare und stabile Energiepreise. Langfristig wird der Ausbau der erneuerbaren Energien die Preise für Strom und Wärme senken. Aber so lange können Menschen mit kleinem Einkommen, Familien und auch Kleingewerbetreibende nicht warten. Wir fordern deshalb, kleine Energieverbraucher*innen kurzfristig zu entlasten:

- Sozial gestaffelte Energiepreise: Wir wollen für den durchschnittlichen Verbrauch von Strom und Heizenergie preisgünstige Sockeltarife schaffen. Wer mehr verbraucht, zahlt mehr. Das ist sozial gerecht und regt trotzdem zum Energiesparen an.
- Zur Finanzierung fordern wir vorübergehend einen Energie-Soli für Reiche. Menschen mit sehr hohem Einkommen profitieren von preisgünstigen Sockeltarifen – brauchen aber die Entlastung nicht. Für eine sozial gerechte Finanzierung fordert Die Linke deshalb einen

Alle Familien stärken und entlasten, Vereinbarkeit von Sorge- und Erwerbsarbeit verbessern

Für Die Linke ist Familie dort, wo Menschen füreinander soziale Verantwortung übernehmen – unabhängig von Trauschein, sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität. Oft muss sie Lücken im System der sozialen Sicherheit ausgleichen. Wir wollen die gesamtgesellschaftliche Verantwortung stärken und allen Menschen ermöglichen, ein gutes Leben ohne Zukunftsangst zu führen, und materielle Nachteile ausgleichen. Die soziale Absicherung – besonders von Alleinerziehenden – muss sicher vor Armut schützen und Familie und Beruf müssen leichter zu vereinbaren sein.

- Eltern brauchen qualitativ gute und verlässliche Betreuungseinrichtungen, damit eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleistet ist. Es muss deshalb massiv in den Ausbau der öffentlichen und gebührenfreien Kinderganztagsbetreuung für alle Altersgruppen investiert werden. Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung muss umgesetzt werden, dazu gehört die Schaffung von ausreichend Kitaplätzen.
- Um eine partnerschaftliche Aufteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit zwischen den Elternteilen zu fördern, wollen wir für den zweiten Elternteil 28 Tage Elternschutz (ab Geburt des Kindes) einführen.
- Den Mindestbetrag beim Elterngeld wollen wir auf 420 Euro anheben. Mindest- und Höchstbetrag sollen an die Entwicklung des allgemeinen Verbraucherpreisindex gekoppelt werden. Bis zur Einführung einer Kindergrundsicherung soll das Mindest-Elterngeld nicht auf Bürgergeld und Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz angerechnet werden.
- Das Ehegattensplitting wollen wir durch eine Individualbesteuerung ersetzen, wobei das nicht ausgeschöpfte steuerliche Existenzminimum zwischen Eheleuten bzw. Lebenspartner*innen übertragbar sein soll.
- Berufstätige Alleinerziehende wollen wir durch die konsequente Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kitaplatz entlasten. Außerdem fordern wir eine Steuergutschrift, die mindestens der maximalen Wirkung des heutigen Entlastungsbetrags von 2.028 Euro im Jahr entspricht und die regelmäßig erhöht wird.
- Den Unterhaltsvorschuss machen wir gerechter, indem u. a. das Kindergeld nicht mehr voll angerechnet und das Bezugsalter bis zum 25. Lebensjahr ausgeweitet wird. Im Sorge- und Umgangsrecht wollen wir den Gewaltschutz verankern. Die Gleichwertigkeit aller Betreuungsmodelle muss im Familienrecht und in der Beratung deutlich werden.
- Wir setzen uns für Arbeitszeitmodelle mit einer geringeren Wochenarbeitszeit (z. B. 32 Stunden oder Vier-Tage-Woche) bei vollem Lohn- und notwendigem

Personalausgleich ein. Das soll insbesondere Alleinerziehenden ermöglichen, Beruf, Familie und Privatleben besser zu vereinbaren. Begleitet wird dies durch den Ausbau von flexiblen Betreuungsangeboten und Homeoffice-Optionen. Statt einer Flexibilisierung von Arbeitszeit, die sich lediglich an betrieblichen Erfordernissen orientiert, brauchen die Beschäftigten mehr Zeitautonomie. Wir wollen den Kündigungsschutz für Eltern bis zur Vollendung des sechsten Lebensjahres des Kindes ausweiten. Die Situation von Berufsrückkehrer*innen nach der Elternzeit stärken wir u. a. durch ein ausdrückliches Rückkehrrecht auf den gleichen oder einen gleichwertigen Arbeitsplatz.

- Regenbogenfamilien müssen gleichgestellt werden. Das Abstammungsrecht muss reformiert werden, denn es diskriminiert queere Familien.

Kinderarmut bekämpfen – Kinder und Jugendliche beteiligen

Um Kinderarmut wirksam zu bekämpfen, wollen wir eine eigenständige Kindergrundsicherung einführen, von der alle Kinder und Jugendlichen profitieren. Sie bündelt vier soziale Leistungen:

1. Kindergeld für alle Kinder in Höhe von 350 Euro monatlich (unabhängig vom Einkommen der Eltern). Das Kindergeld darf nicht mehr auf das Bürgergeld angerechnet werden.
2. Kinderzuschlag für Kinder, die in Armut leben (altersgestaffelt bis zu maximal 379 Euro monatlich).
3. Tatsächliche Unterkunftskosten (anteilig).
4. Einmalige und besondere Bedarfe (z. B. Klassenfahrten, Umzugskosten o. Ä.).

Neben der Kindergrundsicherung wollen wir Kindern und Jugendlichen die bestmöglichen Voraussetzungen für ihr Leben schaffen:

- Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche einen Rechtsanspruch auf gute Entfaltung und soziale Teilhabe bekommen. Gleiches gilt für den Schutz vor Gewalt. Deshalb wollen wir ihre Rechte im Grundgesetz verankern.
- Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, Musikschulen, Bibliotheken, Schwimmbäder, Sportvereine und andere Einrichtungen für Kinder und Jugendliche müssen niedrigschwellig, barrierefrei, wohnortnah und gebührenfrei sein. Dafür braucht es eine Verbesserung der Finanzierungsgrundlage in den Kommunen und eine dauerhafte Kofinanzierung durch die Länder. Die Mittel des Kinder- und Jugendplans des Bundes müssen dafür ebenfalls aufgestockt werden. Bereits im Vorschulalter sollten Kinder lernen, sexualisierte Übergriffe und Gewalt zu erkennen und Erwachsene zu informieren, wenn sie solche erlebt oder beobachtet haben.

Die Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen hat sich (nicht nur) durch die fortschreitende Klimakrise, durch Kriege und die Corona-Pandemie massiv gewandelt. Kinder und Jugendliche müssen eingebunden werden in Entscheidungen über ihre Zukunft.

- Wir wollen die politische Mitbestimmung von Jugendlichen stärken. Das Wahlalter soll auf 16 Jahre abgesenkt werden und in den Kommunen sollen Jugendbeiräte bzw. Jugendparlamente eingerichtet werden, mit Stimmrecht in allen sie betreffenden Belangen.
- Wir setzen uns zudem für eine Stärkung der Kinder- und Jugendhilfe ein.

Selbstbestimmtes Altern ermöglichen

Viele Menschen sind im Alter auf besondere Unterstützung angewiesen. Dabei geht es nicht nur um finanzielle Leistungen, sondern auch um altersgerechte Beratungs-, Kultur-, Sport und Freizeitangebote. Wir setzen uns für eine neue Kultur des Alterns in dieser Gesellschaft ein. Es geht um selbstbestimmtes Altern in Würde, ohne Diskriminierungen, Armut und Abstiegsängste.

Senior*innen müssen in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichberechtigt teilhaben können.

- Wir wollen, dass ältere Menschen einen Rechtsanspruch auf Leistungen der Altenhilfe bekommen. Wir wollen Altersdiskriminierung verbieten: Artikel 3 (3) GG soll um das Merkmal Alter ergänzt werden. Überall in den Kommunen sollen Seniorenvertretungen eingerichtet werden.
- Alle vorhandenen Angebote sollen sowohl digital als auch analog ohne finanziellen Aufschlag zur Verfügung gestellt werden.
- Der altersgerechte Umbau von Wohnungen durch kommunale und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen ist vorrangig mit staatlichen Mitteln zu unterstützen. Wir wollen eine Quote für altersgerechte und barrierefreie Wohnungsangebote und ein gesetzliches Verbot von Zwangsräumungen bei älteren Menschen. Wir setzen uns zudem für Wohnungstauschbörsen mit Mietpreisbindung ein. Seniorengerechtes, betreutes Wohnen muss in die Richtlinien des sozialen Wohnungsbaus mit bundesweiten Qualitätsstandards verankert werden.
- Um die Mobilität und soziale Teilhabe von älteren Menschen zu stärken, wollen wir ein kostenloses bundesweites Senior*innen-Ticket einführen (Kapitel 9).

5. Gesundheit und Pflege: Solidarität statt Wettbewerb

Beim Zustand des Gesundheitssystems bleibt nur die Hoffnung: bloß nicht krank werden. Die Versorgungs- und Arbeitsbedingungen sind eine Katastrophe, als Kassenpatient*in wartet man ewig auf einen Termin - und im Wartezimmer nochmal. Der Versorgung könnte viel besser sein - und für alle gleich. Eine gute gesundheitliche Versorgung für alle ist eine Verteilungsfrage. Wir können eine gute Gesundheitsversorgung erreichen, wenn wir mit der Profitorientierung brechen und das Gesundheitswesen an sozialen und medizinischen Kriterien ausrichten.

Das ist bitter nötig, denn der Ist-Zustand ist untragbar. Eine grundsätzliche Reform des Gesundheitswesens ist dringend notwendig. Auf dem Land bricht die medizinische Infrastruktur weg und Patient*innen müssen oft stundenlange Wege in Kauf nehmen. Geburtshilfe und lebensrettende Notfallversorgung sind nicht flächendeckend gewährleistet. Gleichzeitig sind zu viele Behandlungen überflüssig und werden von Krankenhauskonzernen und Ärzt*innen vor allem deswegen angeboten, weil es sich

finanziell lohnt. Privatisierung und Ökonomisierung des Gesundheitswesens haben sich als ineffizient erwiesen und gehen zulasten der Patient*innen und Beschäftigten. Die tatsächlichen Bedarfe der Patient*innen werden nicht beachtet, dabei gehören diese in den Mittelpunkt. Trotzdem haben Lauterbach und die Ampel-Regierung eine Krankenhausreform durchgepeitscht, die die Versorgung (nicht nur) auf dem Land bedroht und weiter auf Wettbewerb zwischen den Kliniken setzt.

Wer arm ist, stirbt im Durchschnitt früher, wird häufiger schwer krank oder pflegebedürftig. Schuld daran sind u. a. schlechte Arbeits- und Wohnbedingungen, prekäre Lebensverhältnisse, eine mangelhafte Förderung von Prävention und gesunden Lebensweisen, aber auch unzureichender Zugang zu medizinischer Behandlung. Wir wollen ein gesundes Leben unabhängig vom eigenen Geldbeutel in allen Lebensbereichen ermöglichen! Menschen ohne regulären Aufenthaltsstatus und Nichtversicherte wie etwa Wohnungslose müssen bundesweit

12. Planbares Leben und starke Kommunen

In der Stadt wie auf dem Land ist ein Grundangebot an öffentlichen Dienstleistungen unabdingbar. Man muss sich darauf verlassen können, dass der Bus fährt und man zu Fuß und mit dem Rad Geld abheben und Brötchen kaufen kann. Niemand will 30 Kilometer zur Kita oder zur Arztpraxis fahren. Es ist gut, wenn es in der Nähe Orte gibt, wo etwas los ist und mehr möglich ist als Spazieren gehen und Netflix. Ganz offensichtlich regelt der Markt das nicht. In den letzten Jahrzehnten wurde die Infrastruktur systematisch kaputtgekürzt. Die Orientierung auf Profit hat dazu geführt, dass nichts mehr funktioniert. Die Eckkneipe bleibt geschlossen, wenn die Menschen sich den Besuch dort nicht mehr leisten können. Die Folge: Wer kann, zieht weg, und die Angebote kommen nicht zurück. Damit die öffentliche Daseinsvorsorge wieder funktioniert muss Schluss sein mit Privatisierung und Kürzungen.

Die Versorgung mit den grundlegenden Dingen muss endlich wieder funktionieren! Ein gutes, bezahlbares Angebot in der öffentlichen Daseinsvorsorge muss das Minimum sein. Wir wollen aber noch viel mehr: Mit guten öffentlichen Angeboten schaffen wir eine hohe Lebensqualität für alle und nicht für wenige. Momentan ist Versorgung eine Klassenfrage: Wer Luxusautos fährt, braucht keinen Nahverkehr. Wer einen Swimmingpool hat, braucht keine öffentlichen Schwimmbäder. Gute öffentliche Dienstleistungen kommen hingegen allen zugute. Wir fordern:

- Kommunen müssen in der Lage sein, die notwendige soziale Infrastruktur vorzuhalten. Hierfür brauchen wir eine Infrastrukturgarantie: Bus, Bäcker, eine Möglichkeit zum Geldabheben, Arztpraxen und Begegnungsorte müssen in jedem Ort vorhanden sein. Schwimmbäder und Sportstätten, Jugendzentren, Wohnungslosenhilfe und Schulpsycholog*innen sind unverzichtbarer Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Dazu müssen die Kommunen ausreichend finanziert werden. Als Soforthilfeprogramm sollen Kommunen in Finanzkrisen aus einem Bundesfonds Mittel für eine Mindestausstattung der sozialen Infrastruktur bekommen können.
- Die kommunalen Haushalte müssen von den Sozialleistungen entlastet werden. Diese muss in vollem Umfang der Bund tragen. Kosten, die von Bund oder Ländern verursacht werden, müssen auch von dort finanziert werden (Konnexität).
- Die Ampel hat eine Entschuldung der Kommunen versprochen, passiert ist nichts. Um Kommunen wieder handlungsfähig zu machen, müssen sie von Haushaltssicherungskonzepten, Haushaltskonsolidierungen und Nothaushalten befreit werden. Es braucht ein bundesweites Kommunalentschuldungspaket. Die Linke tritt für

eine Reform der Gewerbesteuer und ihre Umwandlung in eine Gemeindefiskussteuer ein. Es soll einen höheren Mindesthebesatz für die Kommunen geben (350 Prozent), um Steuerdumping einzelner Kommunen auf Kosten der Allgemeinheit zu vermeiden.

- Förderung auch ohne Eigenmittel der Kommunen: Wenn die Kommunen nur auf Fördermittel zugreifen können, wenn sie Eigenanteile erbringen, sind die Kommunen ausgeschlossen, die die Förderung am dringendsten benötigen. Wir wollen Bundesprogramme für Kommunen verstetigen und bürokratische Hürden abbauen!
- Die Kommunen müssen ihre Aufgaben stärker eigenständig wahrnehmen können, statt sie auf private Anbieter zu übertragen! Der lokale Energieversorger und kommunale Wohnungsbaugesellschaften sollten keine Profite erzielen müssen, um den kommunalen Haushalt zu sanieren. Wir fordern einen Rekommunalisierungsfonds aus Bundesmitteln, auf den Kommunen und Länder zurückgreifen können, um privatisierte Betriebe zurück in die öffentliche Hand zu holen und gemeinnützig zu betreiben.
- Wir wollen Selbstverwaltung und lokale Mitbestimmung stärken und den Spielraum der Kommunen vergrößern.
- Wir setzen uns für autofreie Innenstädte ein – selbstverständlich mit Ausnahmen für Menschen mit besonderen Bedarfen oder für den Lieferverkehr. Ob auf dem Weg zur nächsten Haltestelle oder Bahnhof oder auch von A nach B, überall soll es angenehm und sicher sein, sich zu Fuß oder per Rad zu bewegen. Einrichtungen für die alltägliche Versorgung sollen an allen Orten in 15 Minuten fußläufig erreichbar sein. Wir setzen uns für mehr Platz auf den Straßen, für mehr sichere und intakte Rad- und Fußwege und für mehr Fahrradabstellanlagen ein. Deutschland braucht ein flächendeckendes bundesweites Radverkehrsnetz.
- Die sogenannte „Smart City“ darf kein Geschäftsmodell großer Konzerne bleiben. Neue Technologien gehören in Bürger*innenhand, um ihre Teilhabe bei der Entwicklung des Wohnumfelds zu verbessern.
- Mit zunehmender Klimaerwärmung müssen wir unsere Städte umbauen. Die Hitze wird im Sommer unerträglich und eine Gefahr für Gesundheit und Leben. Es kommt immer häufiger zu Trinkwasserknappheit. Das trifft besonders Menschen, die ihre Arbeit im Freien verrichten, aber auch Kinder auf Spielplätzen und alte Menschen. Klimaanpassung und Katastrophenschutz müssen als selbstverständliche Aufgaben der öffentlichen Versorgung definiert werden.

unrechtmäßig erworbenen Kulturgütern in Museen und Bibliotheken. Die Herkunftsgeschichte muss mit öffentlichen Mitteln erforscht werden.

- Die kulturelle Filmförderung soll gestärkt werden, um den künstlerischen Wert von Filmen umfassender zu berücksichtigen. Der Filmförderungsanstalt (FFA) soll ein Diversitätsbeirat zur Seite gestellt werden, der sie in Fragen von Diversität, Geschlechtergerechtigkeit, Inklusion und Antidiskriminierung berät.
- Künstlerisches Schaffen braucht Infrastruktur: von Proben- und Produktionsräumen bis hin zu Atelierhäusern für Kulturschaffende. Diese oft ehrenamtlich geschaffenen Orte verdienen Bestandsschutz, finanzielle Unterstützung und Schutz vor Verdrängung durch Profitorientierung. Den internationalen künstlerischen Austausch wollen wir ausbauen, um Dialoge zu intensivieren und nachbarschaftliche Beziehungen zu stärken. Hierfür müssen Förderungsprogramme unbürokratischer zugänglich gemacht werden.

Sport ist kein Luxus

Sport ist für alle da. Dafür müssen die Zugangsbedingungen verbessert werden. Sport treiben zu können, soll nicht vom Einkommen und sozialen Status abhängen. Wir wollen Sport als Staatsziel im Grundgesetz verankern.

- Sport muss als Teil der Daseinsvorsorge öffentlich gefördert werden. Dazu gehören die Sanierung von Turnhallen und Sportplätzen sowie die Schaffung moderner, barrierefreier und ökologischer Sportstätten und Schwimmbäder. Daran soll sich der Bund in den kommenden 15 Jahren mit jeweils einer Milliarde Euro pro Jahr beteiligen.
- Wir setzen uns für inklusiven, integrativen und umweltverträglichen Schul-, Breiten-, Gesundheits- und auch Spitzensport ein. Sportangebote und die Sportförderung müssen geschlechtergerecht sein und alle Altersgruppen angemessen berücksichtigen.
- Allen Schüler*innen soll die Teilnahme am Schwimmunterricht ermöglicht werden. Bis zum Ende der Primarstufe sollen alle Kinder sicher schwimmen können.
- Die Kommerzialisierung des Sports muss zurückgedrängt und die Vermittlung von Werten wie Respekt und Fairness gefördert werden.

Verbraucher*innen stärken. Schluss mit den Schuldenfallen

Die Konzerne nutzen ihre Macht gegenüber Verbraucher*innen aus. Wir wollen die Rechte der Verbraucher*innen stärken, dafür braucht es mehr Transparenz, einen starken, gut finanzierten Verbraucherschutz sowie klarere Regeln für die Konzerne.

- Schluss mit Mogelpackungen und versteckten Preiserhöhungen. Wir fordern die Abschaffung der Vorkasse bei Reisen und Schutz vor Airline-Insolvenzen. Von Sammelklagen sollen alle geschädigten Verbraucher*innen automatisch profitieren.
- Es braucht ein starkes Verbraucherinformationsgesetz und strengere Transparenzstandards sowie eine Haftung für Onlinemarktplätze und Onlineplattformen. Gegen Green- und Socialwashing muss aktiver vorgegangen werden.
- Die Verbraucherhilfe in sozialen Quartieren und ländlichen Gebieten muss ausgebaut werden.
- Schuldenfallen und ihre Profiteure bekämpfen: Schluss mit Wucherzinsen für Verbraucherkredite. Telefonische Verträge sollen nur nach schriftlicher Bestätigung gelten.
- Wir fordern eine kostenfreie Schuldnerberatung. Die Inkasso-Abzocke muss beendet werden. Die Schufa soll durch eine unabhängige öffentliche Einrichtung ersetzt werden.
- Verbraucherschutz bei Finanzprodukten: Wir wollen unabhängige Finanzberatungen durch Verbraucherzentralen stärken. Finanz- und Versicherungsprodukte dürfen nicht auf Provision verkauft werden. Jede*r hat ein Recht auf ein kostenfreies Basiskonto.
- Lichtwerbung ist nicht nur nervig, sie kostet auch viel Energie, lenkt ab und beeinträchtigt Menschen und Tiere. Wir wollen sie einschränken. Zusätzlich fordern wir Werbeverbote für besonders klimaschädliche Produkte und Aktivitäten wie z. B. Stadtgeländewagen (SUVs), Kreuzfahrten oder Flugreisen.